

An die Oberbürgermeisterin
der Stadt Bochum
Frau Dr. Ottilie Scholz

Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1-3
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 - 1297
email: linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 6.8.2009

Antrag

zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 2.9.2009

Hilfen für Frauen in Notlagen

Der Ausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung nimmt Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE Bochum mit dem Ziel auf, dass eine spezielle Anlaufstelle innerhalb der ARGE oder im Sozialamt eingerichtet wird, an die sich Frauen in Notsituationen u. a. bei der Beantragung von ALG II wenden können. Zu Notsituationen ist u.a. häusliche Gewalt zu rechnen. Den betroffenen Frauen soll dabei kurzfristig Hilfe aus einer Hand gewährt und mit gebührender Sensibilität begegnet werden. Die Verwaltung, die Arbeitsagentur und die ARGE werden gebeten, das Dortmunder Modell in ihren Überlegungen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung unterbreitet in der nächsten - spätestens übernächsten - Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses einen Vorschlag zur Einrichtung einer Anlaufstelle für Frauen in Notsituationen.

Begründung:

Wenn eine Beziehung so weit eskaliert, dass die Frauen aus der gewalttätigen Beziehung fliehen, hinterlässt das sowohl psychische als auch körperliche Spuren. Allein die Verarbeitung dieser Folgen macht den Frauen schwer zu schaffen. Aber vielfach stehen sie zusätzlich auch vor großen materiellen Problemen. Zum Beispiel, wenn der Partner das Konto leer geräumt oder wichtige Unterlagen mitgenommen hat. Die Frauen wissen dann nicht, wovon sie die nächste Mahlzeit bezahlen sollen. Besonders schlimm ist das, wenn zusätzlich auch noch Kinder betroffen sind.

In dieser an sich schon dramatischen Situation stehen die Frauen bei der Beantragung von ALG-II einem riesigen Wust an Formalitäten gegenüber. Es ist eine Zumutung für sie, an verschiedenen Stellen der ARGE vorzusprechen, gegebenenfalls wiederholt ihre Geschichte darlegen zu müssen und dann auch noch auf unsensible MitarbeiterInnen zu stoßen. Dabei geht oft wichtige Zeit verloren, in der die Frauen nicht wissen, wovon sie und gegebenenfalls ihre Kinder leben sollen.

Seit Jahren stehen Bochumer Frauenberatungsstellen in Verhandlungen mit der ARGE, damit es spezielle Ansprechpartnerinnen für diese Frauen gibt, aber bisher ohne Ergebnis. Das wurde beim letzten Treffen des Netzwerks gegen häusliche Gewalt erneut deutlich. Ganz anders sieht es in unserer Nachbarstadt Dortmund aus. Dort gibt es zwei Sozialarbeiterinnen beim Sozialamt, die Ansprechpartnerinnen für Frauen in Notlagen sind, dazu gehören auch Opfer von Menschenhandel und ausstiegswillige Prostituierte. Die beiden Mitarbeiterinnen können die Frauen sowohl psychisch unterstützen als auch Leistungen wie ALG II oder Sozialgeld gewähren. Damit erfolgt eine Hilfestellung aus einer Hand, was für die Frauen wesentlich weniger nervenaufreibend und zusätzlich zeitsparender ist.

Das Dortmunder Modell stieß beim Netzwerk gegen häusliche Gewalt auf ungeteilte Zustimmung. Im Interesse der betroffenen Frauen sollte schnellstens eine Lösung gefunden werden.

Für die Fraktion

Ernst Lange